

Der Linnicher Monat hat eine neue Ausgabe herausgebracht. Online können Sie sie, ebenso wie die früheren Ausgaben, hier auf der Homepage im Archiv lesen. Viel Vergnügen!

Der Lockdown ist zum jetzigen Zeitpunkt die einzige Möglichkeit, einen katastrophalen weiteren Verlauf der Corona-Pandemie zu verhindern – so sieht es eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Aufgabe der Politik auf allen Ebenen ist es jetzt, die damit zweifellos verbundenen Härten durch ausgleichende Maßnahmen und eine möglichst gute Organisation so weit wie möglich abzumildern.

Damit tut sie ihr Teil – so wie alle, die unter großem Stress im Gesundheitsbereich tätig sind, wie alle Eltern, die Kinderbetreuung und Beruf miteinander in Einklang bringen müssen, wie alle diejenigen, denen ihr Einkommen schon wieder ohne eigenes Verschulden wegbricht. Wer in Zeiten wie diesen Verantwortung trägt, ist sicher nicht zu beneiden. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass es zurzeit einen großen Konsens gibt statt politischer Streitereien. Merken sollte man sich, welche Parteien sich jetzt bei jeder Gelegenheit ausschließlich mit einem immerwährenden Ja-Aber zu Wort melden oder sogar rein destruktiv vorgehen.

Sie zeigen deutlich, welche Prioritäten sie setzen – das Gemeinwohl ist es jedenfalls nicht. Deshalb rufen auch wir dazu auf, die von Bundes- und Landesregierung beschlossenen Maßnahmen nach Kräften zu unterstützen und den Erfolg für alle nicht dadurch zu gefährden, dass man sich persönlich die eine oder andere kleine Freiheit zu viel gönnt. Wir können es schaffen, wir werden es schaffen, das Ende der Krise ist in Sicht! Eine Situation, in der nicht mehr jeder ganz selbstverständlich alle medizinische Versorgung bekommt, die er braucht, darf es nicht geben.

Einen Punkt gibt es jedoch, in dem man die in der Krise gebotene Solidarität aus Sicht der SPD nicht durchhalten kann: was sich zurzeit in der Schulpolitik in NRW abspielt, ist eine Zumutung für alle Betroffenen, Eltern, Schüler und Lehrer. Denn hier handelt es sich nicht um einmalige ungünstige oder verzögerte Entscheidungen. Hier passiert seit Beginn der Pandemie immer wieder das gleiche: Hau-Ruck-Aktionen, Festhalten an falschen Entscheidungen, unzureichende Unterstützung der Verantwortlichen vor Ort.

Auch wenn man mitten in der Krise nicht die Ministerin ablösen will, wie es die SPD-Landtagsfraktion verständlicherweise gefordert hat, sollte es möglich sein, die Arbeit des Ministeriums auf andere Weise zu professionalisieren. Dass dies nicht gelingt, man also anscheinend der Ministerin nicht Leute an die Seite stellen kann, die es richten könnten, ist ein sehr schlechtes Zeichen für die Leistungsfähigkeit dieser Landesregierung und tatsächlich kritikwürdig.